

Helmholtzstraße 28,
Tel. 0211-994160
info@laga-nrw.de

40215 Düsseldorf
Fax 0211-9941615
www.laga-nrw.de



Pressemitteilung vom 29.6.2009

LAGA erreicht Verbesserung für Integrationsräte Bessere gesetzliche Verankerung wäre möglich gewesen

Nach der Verabschiedung des „Gesetzes zur Förderung der politischen Partizipation in den Gemeinden“ zeigt sich der Vorsitzende der LAGA NRW, Tayfun Kelttek, erleichtert: „Der Verlauf der Parlamentsdebatte hat gezeigt, dass die Proteste der LAGA NRW und der Integrationsräte in den Kommunen wenigstens in einigen Punkten Wirkung hatten. Die Integrationsräte sind jetzt als Regelgremium für die kommunale Partizipation verankert. Auch die Äußerungen der CDU- und FDP-Vertreter im Parlament sind eine positive Reaktion auf unsere fachliche Kritik. Beide Fraktionen erkennen an, dass die Räte integrationspolitisch relevante Entscheidungsbefugnisse wie die Verteilung von finanziellen Mitteln für bestimmte Bereiche an die Integrationsräte übertragen können.“

Nach Auffassung des LAGA-Vorstandes bleiben aber erhebliche Mängel, weil die Landesregierung sich in anderen Punkten den Empfehlungen aller Fachleute nicht angeschlossen hat.

Die Entscheidung wie der Integrationsrat zusammengesetzt sein soll, bleibt den Räten überlassen. Die Erfahrung und fachliche Zuständigkeit der bisherigen kommunalen Migrantenvertretung bleibt völlig unbeachtet. Und auch die Entscheidung, ob als Ausnahme von der Regel „Integrationsrat“ ein Integrationsausschuss gebildet werden soll, kann der Rat ohne Mitwirkung der Migrantenvertretung treffen. Eine landeseinheitliche Lösung hätte mehr Klarheit geschaffen.

Und auch die Regelung nur solchen Spätaussiedlern und Eingebürgerten das aktive Wahlrecht zuzugestehen, die in den letzten fünf Jahren die deutsche Staatsangehörigkeit erworben haben, ignoriert die Empfehlungen der kommunalen Spitzenverbänden und der LAGA NRW. „Durch diese Begrenzung werden vor allem den Spätaussiedlern, die gerne in den Integrationsräten mitarbeiten wollen, praktisch die Wähler genommen“, so Kelttek.

„Die Landesregierung bleibt weit hinter unseren Erwartungen zurück. Dennoch sehen wir Handlungsspielraum für die Kommunen. In vielen Details kommt es jetzt darauf an, was im Einzelnen beschlossen wird. Als LAGA empfehlen wir allen Migrantenvertretungen im Vorfeld der Kommunalwahlen Ende August, die Bürgermeisterkandidaten sowie die Parteien zu befragen. Wahlberechtigte Migrantinnen und Migranten werden wissen wollen, ob ihre örtlichen Vertreter bereit sind, echte politische Partizipation zuzulassen“, meint Kelttek.

So sei zu klären, ob Integrationsräte in Zukunft im Verhältnis von zwei Dritteln Migrantenvertretern und einem Drittel Ratsmitgliedern zusammengesetzt werden. Werden sie die Möglichkeit haben über Mittel für integrationspolitische Projekte zu entscheiden? Wird der Integrationsrat vernünftig in die Beratungsfolge der Ausschüsse und des Rates aufgenommen?

„Die Diskussion um die politische Partizipation von Migranten ist nicht beendet. Die LAGA NRW wird jede Möglichkeit zur Verbesserung nutzen“, so Kelttek.